

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Autoren	VII
Abkürzungen	XIII
Abbildungen	XV
Teil 1 Juristische Aspekte der Umsetzung beim betroffenen Unternehmen und seinen unmittelbaren Zulieferern	1
1 Allgemeines zum Sorgfaltspflichtengesetz	3
2 Betroffene Unternehmen	5
2.1 Unternehmen	5
2.2 Anknüpfungspunkte im Inland	6
2.3 Arbeitnehmerschwellenwert	6
2.4 Arbeitnehmerschwellenwert in verbundenen Unternehmen	7
2.5 Arbeitnehmerschwellenwert bei Auslandsbezug	8
2.6 Betroffenheit von KMU	9
2.7 Betroffenheit von Handelsunternehmen	10
3 Verantwortliche Geschäftsleitung und Verortung des Risikomanagements	11
3.1 Informationspflicht der Geschäftsleitung	11
3.2 Verortung des Risikomanagements	12
3.3 Abgabe der Grundsatzerklärung	13
3.4 Einrichtungs- und Verankerungspflicht der Unternehmen	13
3.5 Sanktionen	13
4 Menschenrechtsbeauftragter	15
4.1 Funktionsbezeichnung / Benennung	15
4.2 Fachliche Voraussetzungen	15
4.3 Unabhängigkeit	15
4.4 Aufgaben	16
4.4.1 Aufgaben bei prozessunabhängiger Ausgestaltung	16
4.4.2 Aufgaben bei prozessabhängiger Gestaltung	16
4.5 Bußgeldrechtliche Haftung des Menschenrechtsbeauftragten	16
5 Risikoanalyse, Menschenrechtsstrategie und Risikomanagement	17
5.1 Bezugspunkt Lieferkette	17
5.2 Zeitpunkt und Dauer der Risikoanalyse	18
5.3 Art und Umfang der Risikoanalyse	18
5.3.1 Unternehmen in der Lieferkette	19
5.3.2 Interessenträger	19
5.3.3 Angemessenheit	19
5.3.4 Bemühens- und keine Erfolgspflicht	20
5.4 Informationsquellen über Risiken	20
5.5 Risikogewichtung und -priorisierung	21
5.6 Ergebnis der Risikoanalyse	21

5.7	Entwicklung der Menschenrechtsstrategie.	21
5.8	Einrichtung und Betrieb des Risikomanagements	22
5.9	Sanktionen	22
6	Grundsatzzerklärung	23
6.1	Zeitpunkt, Abgabe und Kommunikation der Grundsatzzerklärung.	23
6.2	Form der Grundsatzzerklärung.	23
6.3	Notwendiger Inhalt der Menschenrechtsstrategie	24
6.4	Sanktionen	25
7	Beschwerdeverfahren	27
7.1	Betreiber des Beschwerdeverfahrens.	27
7.2	Geeignete Beschwerdebeauftragte	28
7.2.1	Unparteilichkeit, Unabhängigkeit, Weisungsungebundenheit.	28
7.2.2	Verschwiegenheitsverpflichtung.	29
7.3	Verfahrensordnung.	29
7.3.1	Form.	29
7.3.2	Zugänglichkeit von Verfahrensordnung und Beschwerdeverfahren	29
7.3.3	Mindestinhalt	31
7.3.4	Verfahrensablauf und weitere Inhalte.	31
7.3.5	Optionales Verfahren der einvernehmlichen Streitbeilegung	31
7.4	Beschwerdeführer	32
7.5	Beschwerdeinhalt.	32
7.6	Erörterung der Beschwerde	33
7.6.1	Verfahren der Erörterung	33
7.6.2	Sachverhaltsermittlung und Folgemaßnahmen	34
7.7	Vertraulichkeit und Verschwiegenheitsverpflichtung	34
7.8	Benachteiligungsschutz	35
7.9	Konkrete Einrichtung eines angemessenen Beschwerdeverfahrens	36
7.10	Einrichtung von Beschwerdestellen und mögliche Synergien.	36
7.11	Notwendige Mitwirkung der Zulieferer	37
7.12	Evaluation des Beschwerdeverfahrens.	37
7.13	Sanktionen	38
8	Präventions- und Abhilfemaßnahmen	39
8.1	Präventions- und Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich	39
8.2	Präventions- und Abhilfemaßnahmen bei einem unmittelbaren Zulieferer	39
8.3	Präventions- und Abhilfemaßnahmen bei einem mittelbaren Zulieferer.	40
8.4	Pflicht zum Rückzug aus einer Geschäftsbeziehung	41
8.5	Evaluation.	41
9	Dokumentationspflicht	43
9.1	Form der Dokumentation	43
9.2	Interne Dokumentation.	43
9.3	Inhalte der Dokumentation.	43
9.4	Sanktionen	44
10	Berichtspflicht	45
10.1	Zeitpunkt der Berichtserstellung und Dauer der Veröffentlichung	45
10.2	Form.	45

10.3	Inhalt	46
10.4	Berichtspflicht im Konzern	47
10.5	Mehrere Berichtssysteme	47
10.6	Sanktionen	48
11	Beziehung zwischen Unternehmen und Lieferanten	49
11.1	Forderungen der Unternehmen	49
11.2	Rechtliche Grundlage	49
11.3	Verpflichtungen / Reaktionsmöglichkeiten der Zulieferer	50
12	Einzelfragen	53
12.1	Mindestlohn	53
12.2	Substantiierte Kenntnis	53
12.2.1	Anhaltspunkte	54
12.2.2	Mögliche Verletzung	54
12.2.3	Bei dem mittelbaren Zulieferer	54
12.2.4	Kenntnis und Wissenszurechnung	54
13	Zivilrechtliche Haftung auf Schadenersatz	57
14	Überwachung durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) ...	59
14.1	Berichtsprüfung und Nachbesserungsverlangen	59
14.2	Ladung von Personen	59
14.3	Einfordern eines Abhilfeplans	60
14.4	Aufgabe konkreter Handlungen	60
14.5	Betretensrechte	60
Teil 2	Umsetzung im betroffenen Unternehmen gemeinsam mit seinen unmittelbaren Zulieferern	63
15	Fokus auf Inhalte – Annahmen zur Umsetzung durch das BAFA	65
16	Einige Gründe für eine Implementierung auch für nicht betroffene Unternehmen ...	67
16.1	Erster Grund: Kaskadierung angemessener Handlungen in die Lieferkette	67
16.2	Zweiter Grund: Mitgestaltung der Risikowahrnehmung durch Großkunden	68
16.3	Dritter Grund: die herannahende EU-Richtlinie	69
17	Die geschützten Rechtspositionen im Überblick	71
18	„Angemessenes Handeln“ bei der Umsetzung	73
18.1	Kriterien für angemessenes Handeln	73
18.2	Bemühenspflicht statt Erfolgspflicht	74
18.3	„Wirksamkeit“	75
18.4	Wie überprüft das BAFA die „Angemessenheit“	75
19	Aktionen zur Herstellung der LkSG-Konformität im Überblick	79
19.1	Einrichtung eines Risikomanagements	80
19.2	Festlegung einer betriebsinternen Zuständigkeit	82
19.3	Verabschiedung einer Grundsatzerklärung	83
19.4	Einrichtung eines Beschwerdeverfahrens	85
19.5	Dokumentation	86

19.6	Berichterstattung (allgemein)	87
19.7	Verkürzte Berichtspflicht (keine Risiken/Verletzungen festgestellt)	88
19.8	Vollständige Berichtspflicht	89
19.8.1	Strategie und Verankerung	89
19.8.2	Risikoanalyse und abgeleitete Präventionsmaßnahmen (hier nur Risiken)	91
19.8.3	Feststellungen von Verletzungen und abgeleitete Abhilfemaßnahmen (hier auch und besonders Verletzungen)	93
19.8.4	Beschwerdeverfahren	95
19.8.5	Überprüfung des Risikomanagements	96
19.9	Umsetzung der Sorgfaltspflichten bei mittelbaren Zulieferern	97
20	Durchführung regelmäßiger Risikoanalysen bei unmittelbaren Zulieferern	99
20.1	Annahmen zur Risikoanalyse, die Zeit kaufen aber ein Risiko beinhalten.	100
20.1.1	Annahme: Zulieferer in Deutschland haben „per se“ ein niedriges Risiko	100
20.1.2	Annahme: Obstkorb, Kantine, Büromaterial sind „außen vor“	101
20.1.3	Annahme: C-Lieferanten brauchen wir nicht zu betrachten	103
20.1.4	Annahme: LkSG betroffene Zulieferer sind „außen vor“	104
21	Ein geschlossenes Verfahren zur Risikoanalyse	105
21.1	Identifikation der im Sinne des LkSG „wesentlichen“ Zulieferer	106
21.2	Identifikation von Zulieferern mit erhöhtem Risiko.	107
21.3	Identifikation von Zulieferern mit hohem Risiko oder mit kritischen Verstößen	109
21.4	Priorisierung – Abhilfe – Prävention	115
22	Die Rolle LkSG-bezogener Sonderaudits	117
23	Erweiterung von Lieferantenaudits um LkSG-bezogene Elemente	119
24	Synergien mit Berichtspflichten abseits des LkSG	121
25	Anhang: Die Risikomatrix	123
26	Wichtige Links des BAFA (Auswahl)	125
27	BAFA Handreichungen und Informationen zum LkSG (Auswahl)	127
28	Kontaktdaten des BAFA (nur LkSG)	129